

Reich und machtlos, wie gehabt

Seit zehn Jahren gehört Hongkong zu China: Peking lässt die Geschäfte laufen und die Einwohner nicht wählen

Von Harald Maass

Stampfend legt die alte Fähre vom Landungssteg ab. Der Blick über das Holzdeck ist atemberaubend: Wie aus einem Nadelkissen ragen die Banktürme und Hochhäuser von Hongkong in den Himmel. Leuchtreklamen spiegeln sich im Wasser des Hafenbeckens. Seit mehr als einem Jahrhundert verbindet die Star Ferry, heute ein Wahrzeichen Hongkongs, die ehemalige britische Kolonie mit dem Festland von Kowloon. Wo einst britische Kolonialbeamte und Opiumhändler auf dem Oberdeck stolzierten, sitzen heute Manager mit Kaffeebechern in der Hand und Touristen, die sich fotografieren. Am Ufer sieht man die Queens Road mit den Luxushotels und Edelboutiquen. Dahinter erhebt sich der Victoria Peak mit seinen Villen.

Zehn Jahre nach der Rückkehr zu China hat sich Hongkong überraschend wenig verändert. Dabei hatte es düstere Vorahnungen gegeben, als in der Nacht zum 1. Juli 1997 der letzte britische Gouverneur die englische Flagge einholte und die Soldaten der chinesischen Volksbefreiungsarmee in die Bankenmetropole marschierten. Pekings Kommunisten würden aus Hongkong eine unfreie Stadt machen, Zeitungen zensurieren und Oppositionelle festnehmen, warnten manche. Andere sahen das kapitalistische System der Stadt und damit den Wohlstand gefährdet. Wer konnte, versuchte damals für seine Familie eine kanadische oder westliche Staatsbürgerschaft zu ergattern. Die goldenen Tage Hongkongs, dem kapitalistischen Stachel im Schwanz des Drachens, schienen gezählt.

„Pekings Führer wollen, dass Hongkong erfolgreich ist.“

MANAGER JÜRGEN KRACHT

Doch es kam anders. Im Jahr 10 unter chinesischer Herrschaft boomt in Hongkong die Wirtschaft. Der Sieben-Millionen-Einwohner-Metropole könnte es kaum besser gehen. Ein anhaltender Strom chinesischer Touristen füllt Hotels und Kaufhäuser. Die Aktien an der Hongkonger Börse steigen wie die Immobilienpreise auf Rekordhöhen. In den Hochhausschluchten des Zentrums, zwischen Schweizer Uhrengeschäften und japanischen Boutiquen, reißen sich deutsche und japanische Luxuslimousinen aneinander. Abends sind – wie einst unter den Briten – die Pubs voll mit jungen Bankmanagern, die mit gelockerten Krawatten von ihren Geschäftserfolgen in China prahlen. Hongkong feiert sich selbst und den grenzenlosen Kapitalismus.

„Wirtschaftlich hat sich unter China nichts geändert“, sagt Jürgen Kracht. Der Manager der Beratungsfirma Fiducia hat sein Büro im zwölften Stock eines Hochhauses. An der Wand hängt ein Stich aus Kolonialzeiten. Kracht, ein kleiner Mann mit struppigen, weißen Haaren, lebt seit zwei Jahrzehnten in Hongkong. Er kennt die Stadt noch, als die britischen Gouverneure in weißer Paradeuni-



Wie Nadeln wachsen die Wolkenkratzer aus dem Boden Hongkongs. Der Bauboom ist ungebrochen.

BOBBY YIP/REX

form ihren Dienst antraten. „Ich bewundere Chinas Pragmatismus im Umgang mit Hongkong“, sagt Kracht. Entgegen den Befürchtungen würden sich Pekings Führer weitgehend aus Hongkongs inneren Angelegenheiten heraushalten, erklärt Kracht. „Die Soldaten der Volksbefreiungsarmee haben wir seit dem Machtwechsel nie wieder gesehen, die bleiben in ihren Kasernen.“ Er zitiert den früheren chinesischen Reformpolitiker Deng Xiaoping, der mal sagte, es sei egal, ob die Katze schwarz oder weiß sei, Hauptsache sie fange Mäuse. „Pekings Führer brauchen keine kranke Stadt. Sie wollen, dass Hongkong erfolgreich ist“, sagt Kracht.

Ein Land, zwei Systeme: Mit dieser Formel hatten sich London und Peking einst auf die Rückgabe Hongkongs geeinigt. Die Verhandlungen in den achtziger Jahren waren lange und zäh. Niemand wusste, wohin sich die Volksrepublik unter Maos Nachfolgern entwickeln würde.

Dann kam 1989, die blutige Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Die Briten, die in Hongkong selbst nie etwas von Demokratie hören wollten, hatten plötzlich Angst, die Stadt an ein autoritäres Regime auszuhändigen. Peking pochte auf die bestehenden Verträge, einst vom Kaiser unterzeichnet, die nach 99 Jahren Pacht die Rückkehr Hongkongs zu China vorsahen.

Am Ende einigte man sich auf einen Kompromiss. London stimmte der Rückgabe der Stadt zu China zu. Im Gegenzug verpflichtete sich Peking mit der so genannten „Basic Law“, einer Art Grundgesetz, das politische und wirtschaftliche System der Stadt für 50 Jahre unangetastet zu lassen. Hongkong wurde zu einer chinesischen Sonderverwaltungszone, eine chinesische Stadt mit eigenen Grenzen, einer eigenen Währung und einer freien Presse. Nur eines ge-

währte Peking den Menschen in Hongkong nicht: Demokratie.

„2007 hätte das Jahr werden können, in dem Hongkong demokratisch wird“, sagt Chris Yeung. Er ist Redakteur der South China Morning Post, der führenden englischen Zeitung der Stadt. Yeung frühstückt in der Lobby des Hotels Intercontinental. Er trägt Sport-sakko über dem offenen Hemd. An den Nachbartischen sitzen chinesische und westliche Geschäftsleute in dunklen Anzügen.

Yeung schreibt über Hongkongs Innenpolitik, und das oft kritisch. Eigentlich sehe das „Basic Law“ vor, dass die Hongkonger ihren Regierungschef selbst wählen, sagt Yeung. Bisher wird dieser Posten durch ein Wahlkomitee bestimmt, das von China kontrolliert wird. „Pekings Führer haben Angst, dass die Demokratisierung Hongkongs auf den Rest des Landes überschwapen könnte“, sagt Yeung. Alle Versuche von Demokraten und Oppositionspolitikern, einen Zeitplan für freie Wahlen in Hongkong einzuführen, blockiert Peking deshalb. Doch der Ruf nach Demokratie werde lauter, sagt Yeung.

Die Hongkonger wurden lange unterschätzt. Für die britischen Kolonialisten waren die Chinesen der Stadt lange Zeit nur billige Arbeitskräfte, ungebildete Lakaien. Erst als sich in den siebziger und achtziger Jahren eine Hongkonger Elite herausbildete – viele hatten an Englands Eliteuniversitäten studiert und Spitzenpositionen in Bürokratie und Wirtschaft eingenommen –, wurde den Briten bewusst, dass sie auf dieser Insel am südlichen Zipfel Chinas nur Gäste waren.

Bis heute haben die Hongkonger den Ruf, kein Interesse an Politik zu haben. Reisende sehen in der Stadt ein großes, hektisches Kaufhaus. Man kommt zum Shoppen, isst in einem chinesischen Restaurant ein paar Dim Sum. Hongkong schien das Paradebeispiel für das Klischee einer asiati-

Die Bewohner Hongkongs galten lange Zeit als unpolitische Menschen, die nur auf gute Geschäfte aus sind. Inzwischen wird in der Hochburg des Kapitals regelmäßig demonstriert.

schen Gesellschaft zu sein, in der alle reich werden wollen und sich niemand um Politik kümmert.

Bis zum 1. Juli vor vier Jahren. An diesem Tag gingen 500 000 Menschen, für Hongkong eine gewaltige Zahl, auf die Straße, um für mehr Demokratie und gegen schärfere Sicherheitsgesetze zu protestieren. Es war die größte Demonstration in der Geschichte der Stadt. In den Folgejahren kam es zu weiteren Massenprotesten. „Die Demonstrationen haben Hongkongs Politik verändert“, sagt Richard Tsoi, der Organisator des ersten Protests. Auf dem Schreibtisch vor ihm stapeln sich Regierungspapiere und Zeitungsausschnitte. Tsoi arbeitet für die demokratische Opposition im Stadtparlament, das seit der Rückkehr der Stadt zu China kaum noch politischen Einfluss hat.

„Wir waren damals selbst überrascht, wie groß die Demonstration wurde“, sagt Tsoi. Zum ersten Mal zeigten die Hongkonger den Mächtigen in China, aber auch sich selbst, dass sie für ihre Rechte eintreten. Der Massenaufmarsch hatte Wirkung. Peking zog die umstrittenen Sicherheitsgesetze zurück, die eine Einschränkung der Pressefreiheit und politischen Rechte bedeutet hätte. Später wurde ein neuer Regierungschef eingesetzt.

In Sir Donald Tsang – den Titel hatte ihm die Queen verliehen – regiert heute ein Beamter der britischen Kolonialverwaltung die Sonderverwaltungszone. Tsang ist im Volk beliebt, weil er sich nicht als Statthalter Pekings, sondern als Vertreter Hongkongs versteht. Wird es unter ihm mehr Demokratie geben? Er sei optimistisch, dass die Hongkonger eines Tages selbst ihre Regierung wählen dürfen, sagt Tsoi. Doch mit Demonstrationen alleine sei das nicht zu erreichen. „Die Realität ist, dass wir ein Teil von China sind“, sagt Tsoi. Hongkongs Zukunft werde in Peking entschieden.



Protest gegen Chinas Präsidenten Hu in Hongkong.

AP